

Weichen für die Verkehrszukunft gestellt

Rund neun Stunden lang hat das Parlament über das Mobilitätskonzept 2030 der Regierung diskutiert – und klare Aufträge erteilt.

Desirée Vogt

Er wollte klare Signale vom Landtag – und hat sie auch erhalten. Insofern hat sich der Mut von Regierungschef-Stellvertreter Daniel Risch gelohnt, den Abgeordneten das Mobilitätskonzept 2030 nicht nur zur Kenntnis zu bringen, sondern sie auch dazu aufzufordern, sich mit klaren Aufträgen an die Regierung einzubringen. Damit hat er nämlich genau das erreicht, was die Regierung wollte: nämlich Rückenwind aus dem Parlament. Im ursprünglichen Bericht und Antrag der Regierung an den Landtag waren «nur» sechs konkrete Anträge formuliert, welche die Regierung dazu befähigen sollten, Massnahmen zu ergreifen, um die Herausforderungen in der Verkehrspolitik endlich anzugehen. Am Ende erteilte das Parlament der Regierung sogar zehn Anträge, um sicherzustellen, dass endlich konkret gehandelt wird. Für Regierungschef-Stellvertreter Daniel Risch kein Problem. Im Gegenteil, wie er betonte: «Jeder Antrag der heute mit einer grossen Mehrheit an die Regierung überwiesen wird, ist ein guter Antrag.» Damit stelle der Landtag wichtige Weichen für die Zukunft.

Wie eine Speisekarte – aber nur ein Gesamtmenü

Als chaotisch kann die lange Diskussion im Landtag nicht bezeichnet werden – auch wenn sich die Abgeordneten gegen Ende des Redemarathons schliesslich in Details verloren haben. Stets war dennoch klar, dass die Parteien durch die Reihen hinter dem Gesamtkonzept der Regierung und damit hinter einem Mix der verschiedenen Verkehrsträger stehen: Gefördert werden müssen der öffentliche Verkehr, der Langsamverkehr und der motorisierte Individualverkehr gleichermaßen, war sich der Landtag einig. Das Mobilitätskonzept kann quasi mit einer «Speisekarte» verglichen wer-



Regierungschef-Stellvertreter Daniel Risch forderte ein klares Signal – und erhielt es. Bild: D. Schwendener

den, wie der VU-Abgeordnete Christoph Wenaweser feststellte. Allerdings sei es keine Speisekarte, aus der man sich nur seine «Lieblingsspeise» herauspicken könne. «Es geht eben um ein komplettes Menü, ein Gesamtpaket. Da kann es durchaus vorkommen, dass die eine oder andere Speise nicht schmeckt. Aber wenn wir das Verkehrsproblem lösen wollen, müssen wir eine gewisse Bereitschaft für Kompromisse an den Tag legen», hofft Wenaweser darauf, dass Landtag und Bevölkerung Ja zum Paket sagen, im Wissen darum, dass sie die eine oder andere Kröte schlucken müssen.

Wie gesagt, zeigte sich der Landtag einig in der Frage, dass die verschiedenen Verkehrsträger gefördert werden müssen. Die Crux liegt allerdings im Detail – und das könnte in den nächsten Monaten und Jahren noch zu einigen intensiven Diskussionen führen. Während VU, FBP, DU und die Neue Fraktion aus Überzeugung auch den motorisierten Individualverkehr unterstützen möchten, äusserte sich die Freie Liste kri-

tisch gegenüber einem möglichen Ausbau des Strassennetzes bzw. der Realisierung von Entlastungsstrassen.

Knackpunkt: Entlastung Dorfzentrum Schaan

Wer erwartet hatte, dass sich die S-Bahn Liechtenstein in der Diskussion als Knackpunkt erweisen würde, wurde zudem überrascht. Denn deren Notwendigkeit war nicht wirklich umstritten – jedoch wurde ihre Realisierung von einem Grossteil der Abgeordneten von der geplanten Entlastung des Dorfkentrums von Schaan abhängig gemacht. «Ich finde es falsch, dass zuerst über eine S-Bahn und dann erst über Umfahrungsstrassen nachgedacht wird. Zuerst muss der Industriezubringer bis zur Zollstrasse als Entlastungsstrasse verlängert werden – erst dann kann man sich mit der S-Bahn beschäftigen», so etwa der NF-Abgeordnete Erich Hasler, der das Pferd am Schwanz aufgezäumt sah. Nicht die Entlastung des Dorfkentrums Schaan müsse von der S-Bahn abhängig gemacht werden, sondern umge-

kehrt. Und auch DU-Chef Harry Quaderer, wohnhaft in Schaan, stellte sich die Frage, was passiert, wenn sich Bahnstrassen im 15-Minuten-Takt schliessen sollten. «Wenn Sie es fertigbringen, eine Lösung zu präsentieren, mit welcher der Individualverkehr in Schaan nicht zum kompletten Erliegen kommt, werde ich in Sachen S-Bahn Hand bieten. Aber nur dann.»

Die Regierung ist nun also gefordert, eine Lösung zu präsentieren, die sicherstellt, dass in Schaan kein Verkehrschaos ausbricht. Zwar hatte sie ohnehin vorgesehen, hier verschiedene Varianten zu prüfen und die beste davon voranzutreiben. Doch der Landtag will es dann doch konkreter. Er fordert nicht nur, dass diese Variante dem Landtag am Ende zur Entscheidung vorgelegt werden muss – sondern legte auch einen fixen Zeitrahmen fest. Bis zum 30. Juni 2021 soll Klarheit herrschen. Aufgrund der heute schon vorherrschenden Verkehrsproblematik übrigens unabhängig davon, ob die S-Bahn kommt oder nicht.

Konkrete Aufträge des Landtags an die Regierung

- Die Regierung wird beauftragt, den ÖV sowohl betrieblich als auch bezüglich der Infrastruktur gemäss dem Mobilitätskonzept 2030 weiter auszubauen und zu bevorzugen.
- Die Regierung wird beauftragt, eine vertiefte Variantenprüfung zur Entlastung des Dorfkentrums von Schaan in enger Abstimmung mit der Gemeinde durchzuführen und das Ergebnis der Variantenprüfung dem Landtag bis zum 30. Juni 2021 zur Kenntnis zu bringen.
- Die Regierung wird beauftragt zu prüfen, wie die Optimierung der Rheinübergänge Bendern-Haag und Vaduz-Sevelen gegenüber der Terminplanung des Agglomerationsprogramms Werdenberg-Liechtenstein priorisiert werden können.
- Die Regierung wird beauftragt, die Massnahmen zum Ausbau des Radwegnetzes zu priorisieren, umzusetzen oder einer definitiven Entscheidung zuzuführen.
- Die Regierung wird beauftragt, dem Landtag einen Bericht und Antrag betreffend die Total- oder Teilrevision des Gesetzes über das Verfahren in Expropriationsfällen vorzulegen.
- Die Regierung wird beauftragt zu veranlassen, dass entlang der Hauptverkehrsachsen in Zusammenarbeit mit den Gemeinden, wo immer möglich, die notwendigen Mobilitätskorridore behörden- und grundeigentümergebunden gesichert werden können.
- Die Regierung wird beauftragt, gleichzeitig mit dem Bericht und Antrag zur Gesetzesrevision über das Verfahren in Expropriationsfällen dem Landtag einen Bericht und Antrag betreffend Revision des gesetzlichen Verbandsbeschwerderechtes unter anderem bezüglich

lich Beschwerdebefugnis in Art. 47 Naturschutzgesetz (NSchG) sowie Beschwerdelegitimation in Art. 32 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) vorzulegen. Mit dieser Revision soll die Möglichkeit einhergehen, aus verkehrstechnischen und anderen in der Erfüllung von Staatsaufgaben liegenden Gründen mit insbesondere übergeordnetem, dem Allgemeinwohl dienenden Interesse das gesetzliche Verbandsbeschwerderecht einzuschränken (auf Antrag von Alexander Batliner, FBP).

• Die Regierung wird beauftragt, eine vertiefte Variantenprüfung zur Entlastung der Dorfkerns von Schaanwald und Nendeln in enger Abstimmung mit den Gemeinden Eschen und Mauren durchzuführen und dem Landtag das Ergebnis der Variantenprüfung zur Kenntnis zu bringen (auf Antrag der Unterländer Abgeordneten).

• Die Regierung wird beauftragt, dem Landtag jährlich Bericht zu erstatten zum Umsetzungsstand des Mobilitätskonzeptes 2030 sowie der darin enthaltenen längerfristigen Leitprojekte (auf Antrag von Violanda Lanter, VU)

• Die Regierung wird beauftragt, Abklärungen betreffend einer knapp nördlich von Feldkirch positionierten Autobahnverbindung der Rheintalautobahnen A14 in Österreich und A13 in der Schweiz mit den beiden Ländern, inklusive der Option der finanziellen Beteiligung des Landes Liechtenstein, vorzunehmen. Das Ergebnis der Abklärungen ist dem Landtag zur Kenntnis zu bringen (auf Antrag von Johannes Kaiser, FBP).

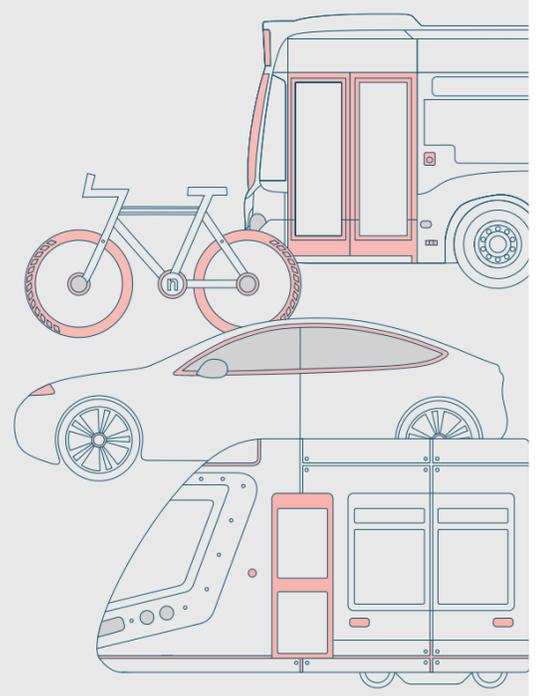
Zwei Anträgen von FL und NF wurde nicht stattgegeben. Sie betrafen den Modalsplit und die Prüfung von Tunnelvarianten.

Filmbeiträge zur Information der Bevölkerung

Aufgrund der besonderen Situation können derzeit keine Informationsveranstaltungen durchgeführt werden. Damit sich die Bevölkerung trotzdem über die Inhalte des Mobilitätskonzeptes 2030 und die geplanten Massnahmen zur Gestaltung einer nachhaltigen und bedarfsorientierten Mobilität in Liechtenstein informieren kann, werden die Themenschwerpunkte in fünf Kurzfilmen vorgestellt.

Die Themenfilme werden **auf 1FLTV ab Samstag, 9. Mai, bis Freitag, 15. Mai, jeweils nach den Nachrichten um 18, 19 und 20 Uhr** ausgestrahlt.

Alle Informationen zum Mobilitätskonzept unter www.mobilitaet2030.li



REGIERUNG
DES FÜRSTENTUMS LIECHTENSTEIN

MOBILITÄTS
KONZEPT
2030